

Pressefrei ab 17.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

**Rede des Ersten Beigeordneten und
Stadtkämmerers Peter Wapelhorst
zur Einbringung des Etats 2022
anlässlich der Sitzung des Rates der Stadt Soest am
06. Oktober 2021**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Ruthemeyer,
meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates,

wie in jedem Jahr, so möchte ich Ihnen auch heute die Grundzüge des Haushaltsentwurfes für das kommende Jahr vorstellen.

Wie in jedem Jahr, werde ich zunächst einen Blick in das laufende Jahr werfen, bevor ich auf 2022 eingehe.

Allerdings werde ich mich heute ein wenig kürzer fassen, da der Rat ja eine grundsätzliche Redezeitbeschränkung beschlossen hat. Zwar werden es mehr als 5 Minuten sein, aber nicht so lang wie in den letzten Jahren, wo ich in der Regel eine gute halbe Stunde benötigt habe. Dennoch hoffe ich, dass ich die wichtigen Punkte aus dem Haushalt darstellen kann.

Aber eines ist dann doch wie in jedem Jahr: Ich werde die Kernaussagen des Haushaltes gleich zu Beginn benennen. Nämlich

- wir haben ein umfassendes Investitionsprogramm geplant;
- der Entwurf sieht erneut keine Erhöhung der Realsteuern vor und
- erstmals seit mehr als 25 Jahren lege ich Ihnen einen - im Entwurf ausgeglichenen Haushalt vor.

Zu den einzelnen Punkten aber später mehr.

Zunächst- auch wie gewohnt - der Blick in das laufende Jahr. Dieses entwickelt sich planmäßig. Das ist insofern bedauerlich, da wir mit einem Defizit von rund 5,2 Mio. Euro in das Jahr gestartet sind. Diese Summe setzt sich zusammen aus 3,85 Mio. Euro aufgrund des Haushaltsbeschlusses vom 24.02.2021 und weiteren 1,39 Mio. Euro durch die erforderliche Übertragung von Haushaltsresten. Der weitere Verlauf bleibt abzuwarten

und manchmal entwickelt es sich zum Ende des Jahres noch einmal deutlich in eine positivere Richtung. Aktuell liegen wir aber nur knapp unter dem geplanten Defizit.

Eine gute Zwischennachricht gibt es in dem Zusammenhang aber von der Gewerbesteuer des laufenden Jahres. Der Ansatz war mit 35,0 Mio. Euro hoch angesetzt, die Sollstellungen übersteigen diesen Betrag zum jetzigen Zeitpunkt aber sogar noch. Wie immer an der Stelle sage ich, dass es nur ein Indiz ist, dass der Ansatz erreicht werden könnte. Es bleibt tatsächlich abzuwarten, wie die Einnahme zum 15.12. sein wird.

Etwas schlechter als erwartet gestalten sich die corona-bedingten Mehrausgaben oder Mindereinnahmen. Waren wir im letzten Jahr noch von rund 4,0 Mio. Euro ausgegangen, die wir 2021 in der Nebenrechnung bilanzieren, so liegt dieser Betrag in der aktuellen Prognose bei rund 5,1 Mio. Euro. Diese Veränderung ist zwar für das Jahresergebnis 2021 nicht entscheidend, wirkt sich aber ab dem Jahr 2025 auf die Haushalte aus. Dann wird dieser Betrag bilanziell abgeschrieben. Die vom Land geschaffene Möglichkeit, die corona-bedingten Belastungen außerhalb des Jahresabschlusses zu bilanzieren und in der Zukunft abzuschreiben, stellt keine wirkliche Finanzhilfe dar. Die Liquidität ist von uns zu erbringen und belastet die Kassenkredite.

Übrigens: Im Jahr 2020 hatten wir 3,4 Mio. Euro corona-bedingte Mindererträge und Mehraufwendungen. Diese sind im Jahresabschluss 2020, der ja auch heute zur Beschlussfassung auf der Tagesordnung steht, berücksichtigt.

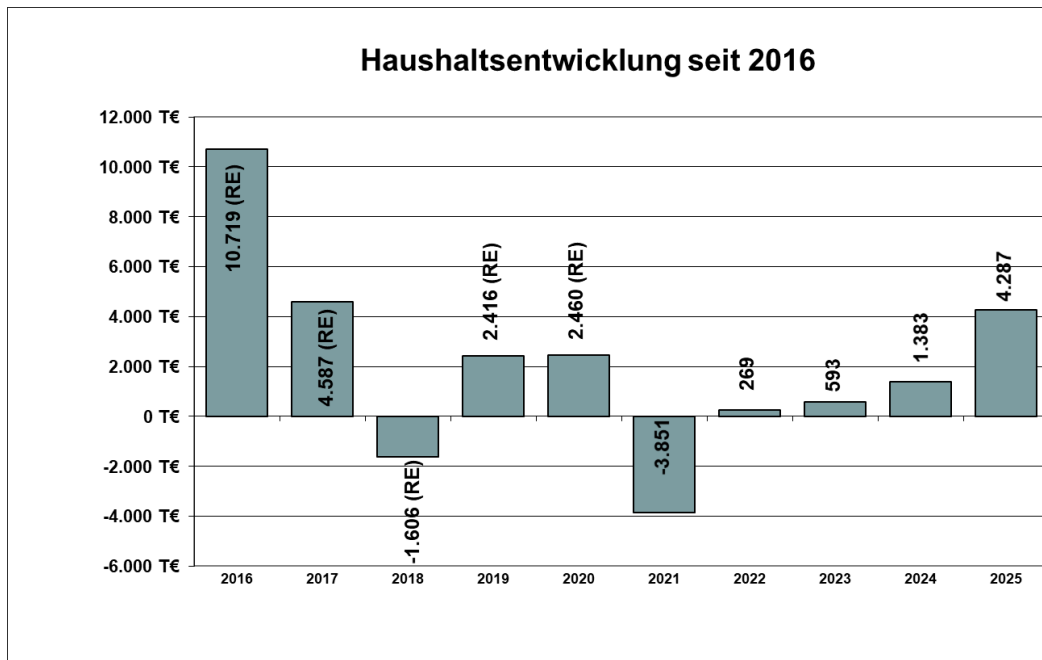
Soweit der Blick ins Jahr 2021.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich hatte es ja bereits angekündigt. Erstmals seit mehr als 25 Jahren habe ich heute die Möglichkeit, Ihnen auch schon im Entwurf einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Wir hatten ja seit 2015 – bis auf das Jahr 2018 – im Jahresabschluss immer Überschüsse. Nun ist es auch möglich, dieses bereits im Entwurf darzustellen.

Konkret planen wir mit einem Überschuss in Höhe von 268.630 Euro. Es ist also eher eine „schwarze Null“. Aber auch die Finanzplanung sieht für die Folgejahre eine positive Entwicklung vor. Ob diese wirklich so kommt, bleibt abzuwarten. Die Rahmenbedingungen sind jedes Jahr neu zu bewerten. Aktuell sieht es aber nach einer guten Entwicklung aus. Allerdings hat diese noch keine direkten Auswirkungen auf zurückgehende Kassenkredite, da ja – wie bereits erwähnt – die Liquidität für die corona-bedingten Schäden aufzubringen ist. Im Laufe der Jahre 2020 – 2023 immerhin rd. 15,8 Mio. EUR.

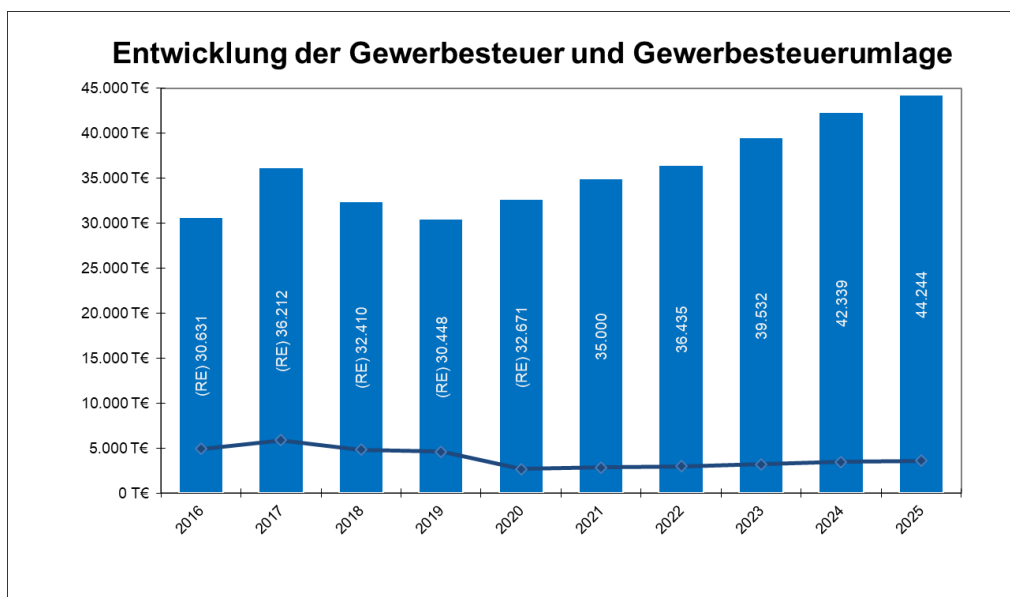


Was sind die Gründe für diese behutsam positive Planung für 2022?

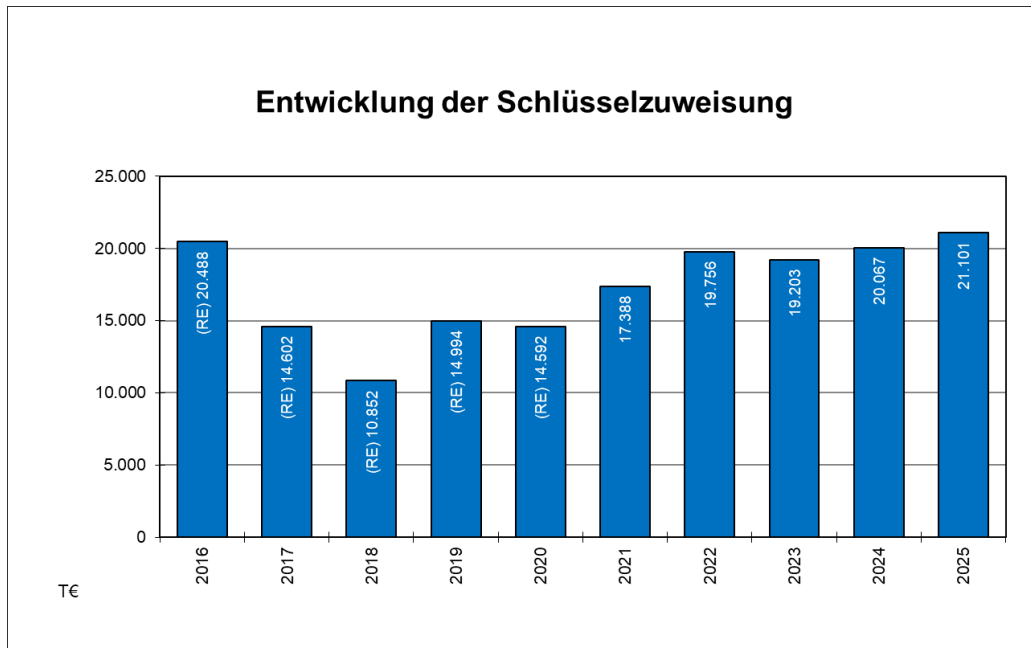
Dazu sind die Gewerbesteuer und die Schlüsselzuweisungen des Landes zu nennen.

Sowohl bei der Gewerbesteuer und ihrer Entwicklung als auch bei den Schlüsselzuweisungen berücksichtigen wir immer die Orientierungsdaten des Landes und schauen uns die aktuelle Entwicklung dazu intensiv an.

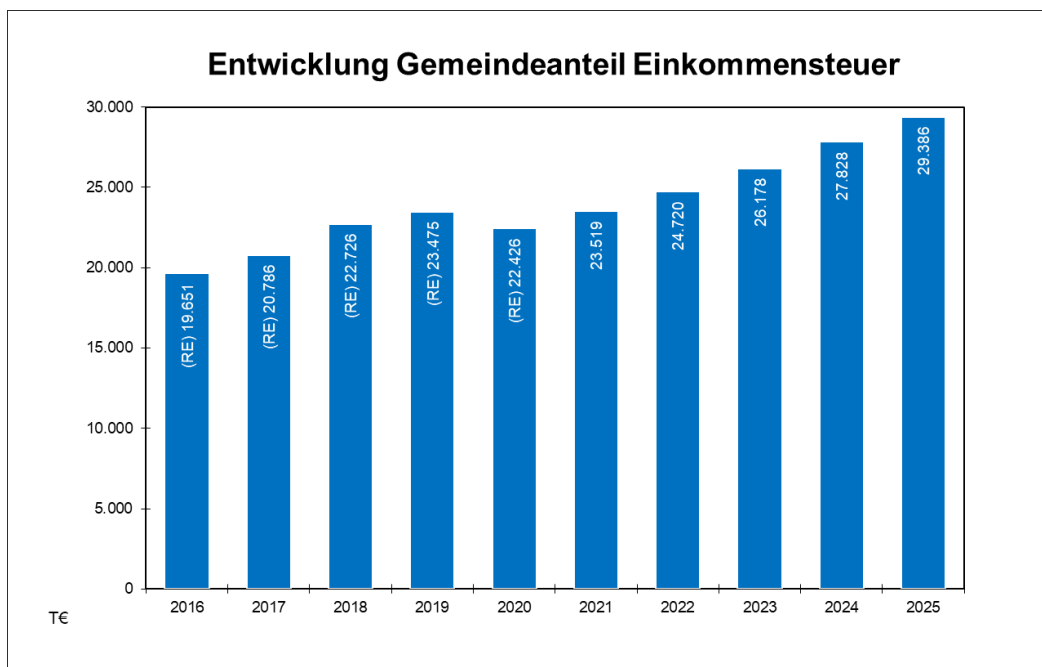
Wie oben bereits erwähnt ist die bisherige Sollstellung des laufenden Jahres bei der Gewerbesteuer sehr positiv. Das wirkt sich, aufgrund der vom Land prognostizierten weiteren positiven Tendenz, auf die Folgejahre aus. Wie Sie sehen, war unsere Gewerbesteuer in den letzten Jahren immer Schwankungen unterworfen. Tendenziell zeigt sich aber ein positiver Trend und wir hoffen, dass es auch so bleibt.



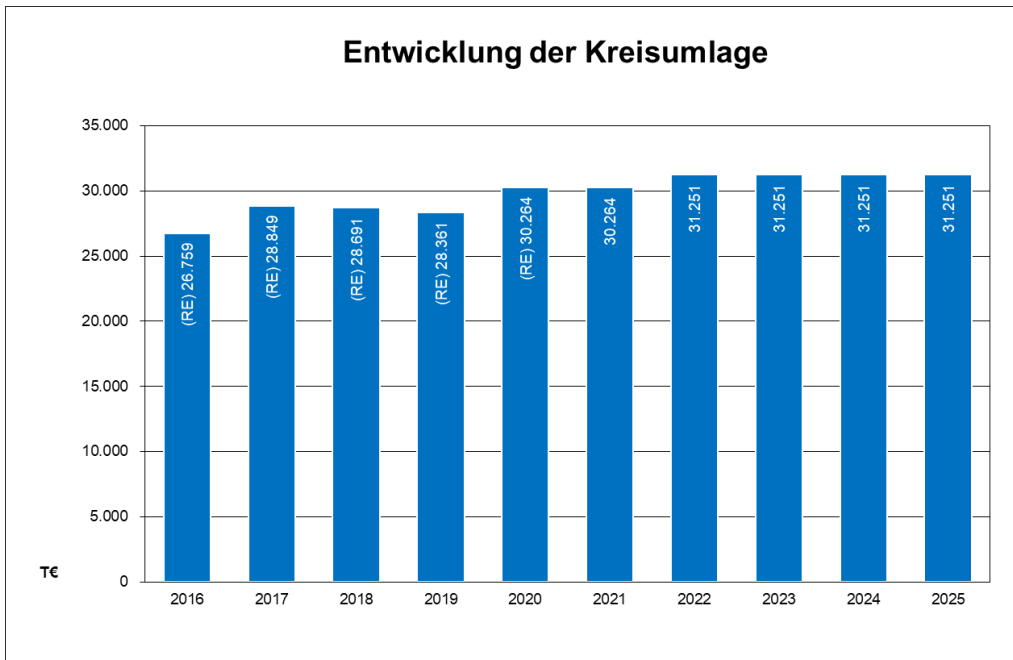
Bei den Schlüsselzuweisungen erwarten wir nach der vorliegenden Modellrechnung des Landes für 2022 rund 19,7 Mio. Euro. Dieser Betrag übersteigt unsere Erwartungen um fast 3,5 Mio. Euro im Vergleich zur Mittelfristplanung für 2022.



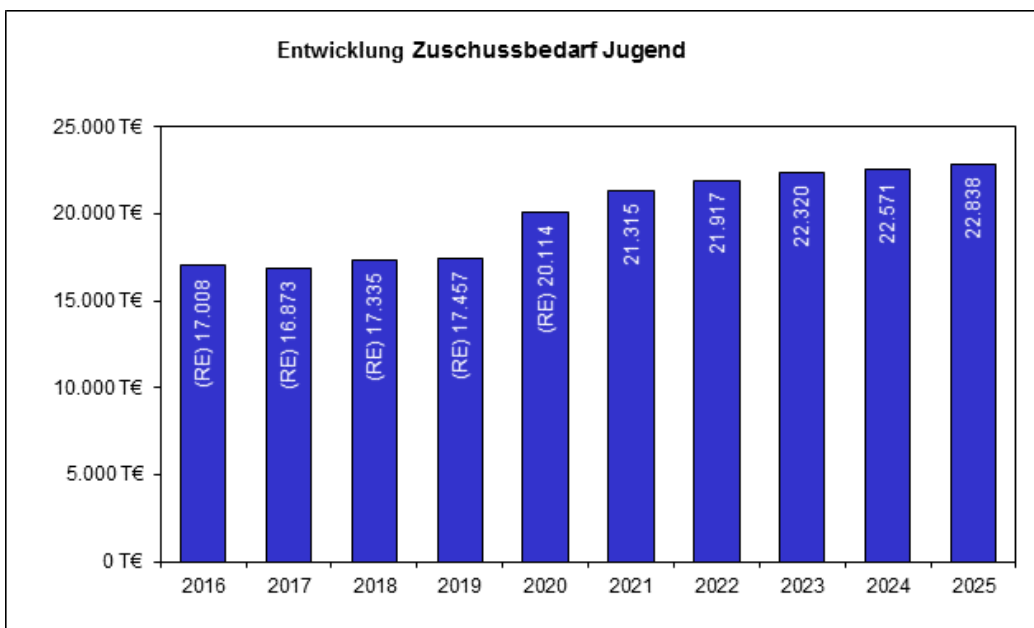
Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer fällt gegenüber 2021 rund 1,2 Mio. Euro höher aus.



Diesen positiven Aussichten steht Mehraufwand an verschiedenen Positionen gegenüber.



Bei der Kreisumlage soll nach Aussagen der Kreisspitze der Zahlbetrag für alle Städte und Gemeinden um insgesamt 5 Mio. Euro steigen. Bei den rund 18%, die die Stadt Soest hiervon übernehmen muss, sind es rund 1 Mio. Euro Mehraufwand, der im Entwurf berücksichtigt wurde. Der Zahlbetrag steigt somit auf 31,25 Mio. Euro und ist leider schon traditionell der größte Einzelposten im Gesamtplan. Bei der Kreisumlage ist es aber zwingend erforderlich jeden Gestaltungsspielraum zu erhalten, um die Entwicklung der Umlage so kommunalfreundlich wie möglich zu gestalten. Hierüber sind die Städte und Gemeinden mit dem Kreis im Austausch und erwarten, dass die Entlastung, die der Bund durch den höheren Anteil an den Kosten der Unterkunft gewährt hat, sich auch bis zu den Kommunen durchschlägt.



Meine Damen und Herren,

der Bereich Jugend steht immer unter einem besonderen Fokus, da es einer der größten Ausgabeposten in unserem Haushalt ist. Leider sind hier weitere Steigerungen der Aufwendungen unvermeidbar. Auch wenn wir im Bereich „Hilfe für junge Menschen“ nicht mit deutlichen Fallsteigerungen rechnen, so haben sich doch die Kosten je Fall erhöht. Auch die zusätzlichen Kindertagesstätten, die in den letzten Jahren an den Start gegangen sind, spiegeln sich in diesem Zahlenwerk wieder. Insgesamt ist es aus meiner Sicht keine gute Entwicklung. Andere Jugendämter rechnen aber mit ähnlichen Steigerungen, auch wenn das kein Trost ist.

Komme ich nun zum Bereich Personal und zu einem wieder umfänglichen Thema:

Die Personalkosten sollen nach den derzeitigen Planungen um 540.000 Euro steigen. Ausschlaggebend hierfür ist – neben Besoldungs- und Tarifsteigerungen, die bereits für das kommende Jahr feststehen – ein erforderlicher Personalzuwachs.

Zunächst ist aufgrund der organisatorischen Trennung der Abteilungen Schule und Sport und Volkshochschule eine 0,5 Stelle einzurichten, die über Jahre im Bereich der bisherigen Arbeitsgruppe Schule und Sport eingespart wurde. Der Rat hat in seiner letzten Sitzung einstimmig die Trennung der großen Abteilung beschlossen, um so die beiden wichtigen Bereiche zu stärken. Dieses ist nun im Stellenplan entsprechend nachzuvollziehen.

Auch hat die Eröffnung der ZUE im Soester Süden für unsere Aufgaben entsprechende Auswirkungen. Für einwohnermelderechtliche Belange ist eine weitere Stelle im Bürgerbüro erforderlich.

Durch die Pandemie und die daraus resultierenden Folgen und aufgrund der Gesamtentwicklung in der Stadt ist es erforderlich, unsere Stadtwache auch dauerhaft von 3 auf 4 Stellen auszuweiten. Nur so ist es möglich, sich entwickelnde Brennpunkte frühzeitig in den Blick zu nehmen und es ggf. erst gar nicht so weit kommen zu lassen.

Letztlich wird die Umsetzung des VEP+ - und damit wichtige Schritte auf dem Weg des Klimaschutzes – personelle Mehraufwände nach sich ziehen. Bei der Stadt selber soll für diesen Bereich 1,0 Stellen Verkehrsplaner*in und 1,0 Stellen Radverkehrsbeauftragte*r Berücksichtigung finden. Hinzu kommt dann noch bei der KBS 1,0 Stellen für eine*n Tiefbauingenieur*in.

Summa summarum sieht der Stellenplan 4,5 zusätzliche Stellen vor.

Vielleicht ist es an der Stelle noch interessant zu erfahren, dass wir mehr als 1,1 Mio. Euro an Personalkostenförderung erhalten, wie zum Beispiel bei der Schulsozialarbeit, für den Smart-City-Prozess oder das StadtLABOR.

Meine Damen und Herren,

das Thema „Klimaschutz“ hat in den letzten Jahren eine besondere Wichtigkeit erhalten. Schon bei der letzten Haushaltseinbringung hatte ich an dieser Stelle darauf hingewiesen. Auch der Haushalt 2022 sieht eine Vielzahl von Maßnahmen vor, die mit Finanzmitteln im Gesamtkonzern von insgesamt mehr als 8,5 Mio. Euro hinterlegt sind. Dieser sieht Entwurf mit seiner Finanzplanung bis 2025 sogar mehr als 39 Mio. Euro im Konzern der Stadt Soest vor.

Zudem schlagen wir Ihnen 19 mittelfristige und 17 Jahresziele mit einem direkten Bezug zum Thema „Klimaschutz – Klimafolgenanpassung“ vor. Sie sehen, diese Aufgabe steht ganz oben auf unserer Agenda und hat einen besonderen Schwerpunkt bei der Erstellung des Haushalts gebildet.

Einzelne Ziele möchte ich hier nicht aufgreifen, dafür aber 2-3 mit Finanzmitteln eingeplante Maßnahmen.

So sind Mittel für die Begleitung und Umsetzung des „Masterplan Klimapakt“ eingeplant. Die Förderprogramme für Lastenräder, Photovoltaik und Dach- und Fassadenbegrünung sollen fortgesetzt werden. Die Stadtwerke haben Mittel für den Bau von Photovoltaikanlagen, für E-Ladesäulen und Wärmepumpen berücksichtigt und die ZGW für weitere energetische Sanierungen an städtischen Gebäuden. Als besonders herausragende Maßnahme der kommenden Jahre ist die Sanierung der Astrid-Lindgren-Schule zu nennen, die seit ihrer Übernahme in den 1990-er Jahren noch keine grundsätzliche Überarbeitung erfahren hat.

Meine Damen und Herren,

mit Sorge schaue ich auf die erforderlichen Investitionen von Stadt und ZGW. Alleine für das kommende Jahr schlagen wir Ihnen erneut eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 5,7 Mio. Euro vor. Das sind 1,6 Mio. Euro mehr, als in der Finanzplanung für 2022 eingeplant. Und dafür gibt es eine Vielzahl von Gründen. Aber tatsächlich ausschlaggebend ist die veränderte Abrechnung der KAG-Beiträge. Bevor der Rat 2019 das Aussetzen der Abrechnungen beschloss, hatten wir die Einnahmen immer in dem selben Jahr veranschlagt, in dem eine Straße ausgebaut wurde. So hat der Ausbau selber den Kreditrahmen in dem Jahr immer nur mit dem städtischen Anteil belastet. Durch die erwähnte Abrechnungspause gehen wir jetzt dazu über, die Beiträge der Anwohner in jenem Jahr zu veranschlagen, in dem sie voraussichtlich eingehen. So kommt es, dass wir in 2022 keine und in 2023 wesentlich geringere Einnahmen hierfür veranschlagen können, da die in diesen beiden Jahren abzurechnenden Maßnahmen bereits in Vorjahren berücksichtigt wurden.

Und – damit Sie ein Gefühl für die Höhe bekommen – der Betrag beläuft sich auf fast 4 Mio. Euro.

Auch die Umsetzung des VEP+ ist mit einem Investitionsaufwand in diesem Haushalt berücksichtigt. Bis 2025 sind Ausgaben in Höhe von 7,76 Mio. Euro aufgeführt. Mögliche Fördereinnahmen, die ja durchaus erwartbar sind, sind aber noch nicht aufgenommen. Noch sind keine entsprechenden Förderprogramme aufgelegt. Wenn dieses aber geschieht, sind wir gut vorbereitet und können gleich reagieren und damit auch die Nettoneuverschuldung entsprechend reduzieren.

Insgesamt schlagen wir Ihnen für die Stadt und die ZGW ein Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von 21,8 Mio. Euro vor. Unter Berücksichtigung von Fördereinnahmen verbleibt der Anteil für Stadt und ZGW bei 10,7 Mio. Euro. Wieder ein ziemliches Arbeitsprogramm. Bei der Stadt aber geprägt von vielen Einzelmaßnahmen, wie die Erhöhung des Kapitals der WBS (832.000 Euro), dem Ausbau Sigefridwall (750.000 Euro), VEP+ (700.000 Euro) oder der Feuerwehr (640.000 Euro), um nur die größten Positionen zu benennen.

Bei der ZGW sind besonders der Ausbau der Petri-Grundschule (1,8 Mio. Euro), der Hellweg-Grundschule (723.000 Euro) und der Feuerwehr (300.000) Schwerpunkt der Tätigkeit.

Meine Damen und Herren,

im vergangenen Jahr habe ich an dieser Stelle intensiv über die Realsteuersätze im Vergleich zu den Kommunen im Kreis Soest berichtet. Unsere sind – auch im Vergleich zu anderen Kommunen unserer Größenordnung – eher als moderat zu bezeichnen und ich hatte den erforderlichen Dialog hierüber angesprochen.

Die Haushaltsberatungen zu Beginn dieses Jahres machten deutlich, dass vor dem Dialog zunächst noch die Konsolidierung stehen sollte. Auch mögliche Ergebnisse aus dem Gutachten der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) sollten hier einfließen.

Dieses Gutachten hat der Stadt in vielen Bereichen gute bis sehr gute Noten ausgesprochen. Die Hinweise und Empfehlungen wurden von der Verwaltung ernst genommen und Ihnen liegt für die heutige Sitzung eine Stellungnahme hierzu vor, welche vom Rechnungsprüfungsausschuss dem Rat einstimmig zur Befürwortung weitergeleitet wurde.

Sie sehen, die Verwaltung hat ihre Hausaufgaben gemacht, Empfehlungen und Hinweise der GPA aufgegriffen, wo es sinnvoll ist und noch einmal alle Ansätze überprüft. So ist es möglich, Ihnen heute einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorzulegen. Übrigens sah die Finanzplanung für 2022 noch ein Defizit in Höhe von 2,3 Mio. Euro vor.

Dieser ausgeglichene Haushalt hat die Frage der Höhe der Realsteuersätze nicht ganz oben auf die Agenda gesetzt. Dennoch – meine Damen und Herren – so ungerne wir alle den Bürgerinnen und Bürgern höhere Steuersätze zumuten, wir werden uns mit diesem Thema in der Zukunft beschäftigen müssen. Und hierfür gibt es aus meiner Sicht verschiedene Gründe. So plant das Land NRW in diesem Jahr die fiktiven Hebesätze zu verändern. Diese fiktiven Hebesätze für die Grundsteuer B liegen dann erstmals leicht oberhalb unserer 475 %-Punkte. Aber berücksichtigen Sie immer, dass wir hier 49 %-Punkte für die Straßenreinigung mit erheben, die in anderen Kommunen noch zusätzlich von den Bürgerinnen und Bürgern getragen werden. Damit liegen wir mit 426 %-Punkten sogar deutlich unterhalb der fiktiven Hebesätze. Und wir verzichten damit auf Einnahmen, von denen das Land ausgeht, dass wir diese erwirken.

Und der andere Grund ist meines Erachtens in der Klimafolgenanpassung begründet. Ist es wirklich der richtige Weg, dass wir den Aufwand für die erforderlichen Anpassungen auf die folgenden Generationen verlagern? Man kann zwar argumentieren, dass sie ja auch die Nutznießer seien. Aber wir machen Infrastruktur zukunftsfähig, die wir bisher intensiv genutzt haben. Und folgende Generationen werden ihre eigenen Herausforderungen haben.

Trotz eines ausgeglichenen Haushaltes werden wir in der Zukunft unsere Einnahmesituation verbessern müssen, um nicht dauerhaft weiter Schulden aufzubauen.

Und dieser ausgeglichene Haushalt ist ja, wie wir aus mehr als 20 Jahren wissen, überhaupt keine Selbstverständlichkeit und für 2022 nur möglich, da erneut Ausschüttungen von KBS und Stadtwerke Berücksichtigung gefunden haben. Und dass das auch für die Stadtwerke nicht einfach wird, ist mir dabei sehr wohl bekannt. Allerdings muss sich die Expansionsstrategie der letzten Jahre ja auch entsprechend in den Ergebnissen darstellen.

Ich schlage Ihnen daher für 2022 keine Erhöhung der Realsteuersätze vor, bitte Sie aber, dass wir den Punkt gemeinsam im Blick behalten und zu gegebener Zeit einen möglichst emotionsfreien Dialog darüber führen können.

Soviel zum Haushalt für das Jahr 2022. In den Fachausschüssen haben Sie die Möglichkeit, die jeweiligen Teilbereiche mit unseren Fachleuten aus den Abteilungen zu besprechen.

Meine Damen und Herren,

wie immer am Schluss werfe ich einen kurzen Blick in die Finanzplanung.

Wie schon dargestellt, sieht dieser Entwurf auch in der Planung für die kommenden Jahre einen Überschuss vor. Das ist nur möglich, wenn Gewerbesteuer und Schlüsselzuweisungen weiterhin steigen, die Kreisumlage nicht noch weiter zunimmt und wir die Ansätze der Fachabteilungen im Blick behalten. Und ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam hoffen, dass uns auch in Zukunft ausgeglichene Haushalte möglich sind.

Meine Damen und Herren des Rates, ich komme jetzt zum Ende meiner diesjährigen Haushaltsrede und übergebe Ihnen nun den Entwurf für die weiteren Beratungen - zunächst in Ihren Fraktionen, dann in den Fachausschüssen und abschließend am 15.12. hier im Rat. Wie schon in den letzten Jahren wünsche ich Ihnen und uns konstruktive und zielführende Gespräche und bin auf die anregenden Diskussionen gespannt.

Abschließend möchte ich den Kolleginnen und Kollegen der Finanzabteilung unter der Leitung von Herr Meyer, den Damen Thiergarten und Düllberg und den Herren Gösmann und Wenner danken. Mein ausdrücklicher Dank gilt insbesondere auch Herrn Arens, der die Gesamtkoordination für die Aufstellung des Haushaltes und die Fäden an der Stelle in den letzten Wochen und Monaten hervorragend zusammengehalten hat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.